

Stewart, Susan

Research Report

Das schwierige Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine: Verschlechterung mit Lichtblicken

SWP-Aktuell, No. 61/2009

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Stewart, Susan (2009) : Das schwierige Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine: Verschlechterung mit Lichtblicken, SWP-Aktuell, No. 61/2009, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254865>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das schwierige Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine

Verschlechterung mit Lichtblicken

Susan Stewart

Die ukrainisch-russischen Beziehungen haben sich in den letzten Monaten wesentlich verschlechtert. In den ukrainischen Medien wird mittlerweile sogar offen über die Möglichkeit eines militärischen Angriffs durch Russland diskutiert. Problembehaftet sind neben energiepolitischen Fragen die Entwicklung auf der Halbinsel Krim, die Zukunft der Schwarzmeerflotte sowie unterschiedliche Deutungen der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Verschlechterung erreichte einen vorläufigen Tiefpunkt mit einem offenen Brief des russischen Präsidenten Medwedew an seinen ukrainischen Kollegen Wiktor Juschtschenko im August. Seitdem werden zwar auf beiden Seiten versöhnlichere Töne angeschlagen, aber die Gründe für die Schwierigkeiten im bilateralen Verhältnis werden in absehbarer Zeit nicht verschwinden. Der bis Januar 2010 laufende Präsidentschaftswahlkampf in der Ukraine birgt die Gefahr einer erneuten Polarisierung.

Der ukrainische Präsidentschaftswahlkampf ist in vollem Gange, auch wenn kürzlich Massenveranstaltungen mit der Begründung untersagt wurden, dass eine weitere Zunahme der Schweinegrippefälle verhindert werden müsse. Der Wahlkampf weckt Erinnerungen an die »Orangene Revolution« vor fünf Jahren sowie an die damalige russische Unterstützung für Wiktor Janukowytsch, den der frühere ukrainische Präsident Leonid Kutschma zu seinem Nachfolger auserwählt hatte. Janukowytsch, Vorsitzender der oppositionellen Partei der Regionen, werden gute Chancen im Präsidentschaftsrennen eingeräumt. Diesmal sieht die russische Elite davon ab,

einen bestimmten Kandidaten eindeutig zu unterstützen. Allerdings zeigt sie eine klare Abneigung gegen den Amtsinhaber Wiktor Juschtschenko, der konsequent versucht, die außenpolitische Orientierung des Landes pro-westlicher zu gestalten, als sein Vorgänger dies getan hat. Der pro-westliche Kurs bildet den Hintergrund für die momentane spürbare Verschlechterung in den Beziehungen zu Russland.

Die Ukraine als einfache Zielscheibe

Der erste Grund für die Verschlechterung liegt in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der Ukraine. Fünf

Jahre nach der »Orangen Revolution« ist klar geworden, dass die ukrainischen politischen Elitegruppierungen private und korporative Eigeninteressen verfolgen und darüber die nationalen Interessen des Landes vernachlässigen. Diese Interessenpolitik äußert sich sowohl im Streit zwischen Präsident Wiktor Juschtschenko und Premierministerin Julia Tymoschenko als auch in der Nichtbesetzung mehrerer Ministerposten und im dysfunktionalen Verhalten des Parlaments, das keine Kultur sachlichen Debattierens entwickelt hat.

Die beschriebenen Probleme in der politischen Sphäre wurden im letzten Jahr durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hervorgekehrt. Während zu Recht begrüßt wurde, dass Juschtschenko, Tymoschenko und das ukrainische Parlament in einer unverkennbaren Krisensituation eine gemeinsame Linie verfolgten, zeigt sich der Ausnahmeharakter dieser Zusammenarbeit darin, dass Aufgaben, die keine absolute Dringlichkeit haben, in der Mehrheit nicht angegangen werden.

Hinzu kommt die Spaltung der ukrainischen Gesellschaft, die jedoch deutlich komplexerer Natur ist, als die oft erwähnten Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen des Landes vermuten lassen. Allerdings spielen ukrainische Politiker diese Komplexität herunter und simplifizieren sie zu Zwecken der eigenen Profilierung.

Die unterschiedlichen Einstellungen, die sich in der Elite sowie in der Bevölkerung gegenüber Russland finden lassen, bieten Angriffsflächen für russische politische und wirtschaftliche Akteure, die eigene Ziele in Bezug auf die Ukraine verfolgen. Dies gilt insbesondere für die Krim, für deren Weiterentwicklung es in Kiew keine konsequente politische Linie gibt.

Diese Schwächen, die sich seit dem Anbruch der Wirtschaftskrise gegenseitig verstärkt haben, bieten Russland ein leicht zu treffendes Ziel, das sich in seine heutige Politik gegenüber den Nachbarländern gut einfügt. Diese Politik beruht auf der An-

nahme eines hegemonialen Verhältnisses, in dem Russland als der Stärkere auftritt, der die Regeln bestimmen und andere »bestrafen« darf. In diesem Szenario ist eine schwache und leicht kontrollierbare Ukraine willkommen, die nicht in der Lage ist, ihren eigenen Kurs festzulegen und zu verfolgen.

Zeichen der Verschlechterung

Vor diesem Hintergrund sind die neueren Eintrübungen des Verhältnisses zu bewerten, zu denen sowohl Russland als auch die Ukraine beigetragen haben. Im Juli dieses Jahres wies die Ukraine zwei russische Diplomaten aus, was die russische Seite mit einer reziproken Maßnahme beantwortete. Gleichzeitig haben Offiziere der russischen Schwarzmeerflotte mehrmals bestehende Vereinbarungen verletzt, die den Militärtransit in Sewastopol regeln. Den markantesten Beitrag zur Verschlechterung des Verhältnisses leistete aber der russische Präsident Dmitrij Medwedew mit einem offenen Brief an Juschtschenko vom 11. August. Darin gibt Medwedew Juschtschenko und seiner Administration die Schuld an der Zuspitzung der bilateralen Spannungen. Als gegen Russland gerichtete Aktionen führt er insbesondere an: ukrainische Waffenlieferungen an Georgien; das ukrainische Streben in die Nato; Schwierigkeiten im Umgang mit der Schwarzmeerflotte; Abkoppelung von Russland im Energiesektor; »Revisionismus« zum Beispiel im Hinblick auf die Bewertung historischer Schlüsselfiguren sowie des Hungertodes von Millionen Menschen 1932–1933, der durch Stalins Kollektivierungspolitik verursacht wurde.

Medwedew erklärt in dem Schreiben seine Absicht, die Entsendung des neuen russischen Botschafters, Michail Zurabow, in die Ukraine zu verzögern. Dies wurde von vielen Beobachtern sowohl in der Ukraine als auch in Russland als Ankündigung des Präsidenten gedeutet, die Beziehungen einfrieren zu wollen. Medwedews Aussagen werden von den russischen

Medien unterstützt, die seit einigen Monaten ein Bild von der Ukraine als einem Staat zeichnen, der kurz vor der Zahlungsunfähigkeit steht und unter einer maroden Führung leidet. Der russische Premierminister Wladimir Putin hat dieses Bild aufgegriffen und suggeriert, dass die Zahlungsunfähigkeit der Ukraine erneut Engpässe in den Gaslieferungen an die EU verursachen könnte.

In seiner Antwort versuchte Juschtschenko, Medwedews Vorwürfe systematisch zu entkräften, und erklärte unmissverständlich seine Dialogbereitschaft. Allerdings ging Medwedew darauf nicht ein und brüskierte Juschtschenko beim GUS-Gipfel in Chişinău am 9. Oktober, indem er seine Bitte um ein Treffen unbeantwortet ließ. Mehrfache Versuche Juschtschenkos, bei informellen Gelegenheiten mit Medwedew ins Gespräch zu kommen, wurden von diesem schroff zurückgewiesen.

Trotz der auf beiden Seiten festzustellenden Verschlechterung der Beziehungen ist auch eine gegenläufige Tendenz erkennbar, die einige Lichtblicke verspricht. Die Premierminister Julia Tymoschenko und Wladimir Putin erzielten bei einem Treffen in Gdańsk am 1. September zumindest mündlich eine Vereinbarung über die Gasmenge, die die Ukraine künftig aus Russland importieren kann. Außerdem schlugen der russische Außenminister Sergej Lawrow und der damalige ukrainische Interims-Außenminister Volodymyr Chanogij bei einer Konferenz zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Charkiw am 7. und 8. Oktober versöhnliche Töne an. Insbesondere auf der ukrainischen Seite ist in den letzten Wochen das Bemühen erkennbar, auf eine Verbesserung der Beziehungen mit Russland hinzuarbeiten. Dazu bekannte sich auch der neue ukrainische Außenminister Petro Poroschenko, der am 9. Oktober sein Amt antrat.

Russische Innenpolitik: Triebkraft in den Beziehungen zur Ukraine

Allerdings sind die ukrainischen Bemühungen nur ein Faktor für die weitere Entwicklung der Beziehungen. Russisches außenpolitisches Handeln ist in der Regel stark mit innenpolitischen Zielen verknüpft. Die Ukraine-Politik bildet hier keine Ausnahme. Es ist anzunehmen, dass Medwedews Schreiben an Juschtschenko auch von innenpolitischen Überlegungen geleitet wurde. Dafür spricht sowohl die Tatsache, dass Medwedew das Schreiben öffentlich machte, als auch seine Begründung für das Schreiben, die auf seinem Video-Blog erschienen und hauptsächlich an das russische Publikum gerichtet ist. Er unterschied darin deutlich zwischen der amtierenden ukrainischen Führung unter Juschtschenko und dem »brüderlichen« ukrainischen Volk und betonte dabei die Bedeutung des Besuchs, den der Patriarch der Russisch-Orthodoxen Kirche Kirill im Sommer der Ukraine abgestattet hatte. Der Brief an Juschtschenko fügt sich ein in das Bemühen Medwedews, ein schärferes Profil innerhalb Russlands zu gewinnen und eine gewisse Härte zu zeigen. In diesen Kontext gehört auch die von Medwedew vorgeschlagene und von der Duma inzwischen verabschiedete Änderung des Verteidigungsgesetzes, die die Möglichkeiten des Präsidenten erweitert, Auslandseinsätze der russischen Streitkräfte zu veranlassen. Diese Gesetzesnovelle hat in der Ukraine für große Aufregung gesorgt. Manche Beobachter witterten gar russische militärische Absichten in Bezug auf die Ukraine.

Mit seinem Brief und anderen Handlungen dürfte Medwedew zudem sowohl von Stimmen ablenken, die ihm zunehmend Inkonsequenz vorwerfen, als auch von der Tatsache, dass Russland unter der Wirtschaftskrise weiterhin stark leidet. Darüber hinaus spielen im Falle der Ukraine auch russische innenpolitische und militärische Interessen eine Rolle. Manche Politiker profilieren sich über ihre Haltung zur Krim und profitieren auch wirtschaftlich von ihren engen Anbindungen an die Halbinsel.

Das militärische Interesse an der Beibehaltung Sewastopols als Haupthafen der russischen Schwarzmeerflotte ist groß, zumal sämtliche Alternativen mit gravierenden Nachteilen verbunden sind.

Obwohl der Fokus Medwedews ein innenpolitischer ist, schließt dies nicht aus, dass er mit seinem Schreiben auch unmittelbar außenpolitische Ziele verfolgt. In dieser Hinsicht ist es als Botschaft an den Gewinner bzw. die Gewinnerin der bevorstehenden Präsidentschaftswahl in der Ukraine zu verstehen: Er oder sie solle sich keine Illusionen über die russische Agenda in den Beziehungen mit der Ukraine machen.

Wahlkampf in der Ukraine als Polarisierungsmoment

Frühere Wahlkämpfe in der Ukraine haben gezeigt, dass sich in der Regel zwei politische Lager bilden, die sich insbesondere an der Frage des Verhältnisses zu Russland scheiden. Fast unweigerlich wird ein Kandidat als »pro-russisch«, ein anderer als »pro-westlich« wahrgenommen. Dies verleitet die Kandidaten oft dazu, Fragen der internationalen Beziehungen zuzuspitzen, um Wähler zu gewinnen. Dadurch besteht insbesondere im Vorfeld der Präsidentschaftswahl, die vermutlich zwei Wahlrunden (am 17. Januar und am 7. Februar 2010) haben wird, das Potential für eine weitere Zuspitzung der ukrainisch-russischen Beziehungen.

Ein solches Szenario könnte diesmal jedoch vermieden werden. Beide Spitzenkandidaten, Tymoschenko und Janukowytsch, wollen mit Russland gut auskommen. Während Tymoschenko sich eher ausbalancierend gibt, positioniert sich Janukowytsch eindeutig für den Ausbau des Verhältnisses zu Russland, der auch den Interessen seiner Wählerschaft im Osten und Süden der Ukraine entspricht. Im Moment zeigen sich die meisten politischen Akteure in der Ukraine kompromissbereit, was die Beziehungen zu Russland betrifft, wohl aus einem wachsenden

Bewusstsein der aktuellen Schwäche der Ukraine an vielen Fronten. Aufgrund der problematischen innenpolitischen und militärischen sowie der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes wäre eine Eskalation der geschilderten negativen Tendenzen in der Beziehung zu Russland extrem gefährlich.

Die bilateralen Probleme bleiben

Das russisch-ukrainische Verhältnis ist auch 18 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion alles andere als geregelt. Daran wird sich nach den Wahlen nichts wesentlich ändern, da viele Gründe für die beiderseitigen Schwierigkeiten in der russischen Innenpolitik liegen. Außerdem wird die Ukraine vorerst eine einfache Zielscheibe für Teile der russischen Elite bleiben, da die politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes nur langsam überwunden werden können. Nur der potentiell polarisierende Faktor Wahlkampf wird nicht mehr vorhanden sein. Abgesehen davon wird sich die Situation wahrscheinlich etwas beruhigen, da beide Hauptkandidaten, Janukowytsch und Tymoschenko, bessere Chancen auf einen Dialog mit der russischen Führung haben als Juschtschenko. Explosives Potential in den Beziehungen bleibt jedoch bestehen, insbesondere bezüglich der Halbinsel Krim. Darüber hinaus deuten die widersprüchlichen Signale aus Russland an die ukrainische Führung auf einen Mangel an strategischem Denken in den höchsten Kreisen der russischen politischen Elite hin. Positiv daran ist, dass es keine langfristig angelegte anti-ukrainische Strategie auf russischer Seite zu geben scheint. Negativ ist allerdings, dass russische Politiker aus dem problematischen Verhältnis zur Ukraine für ihre eigenen kurzfristigen Ziele Kapital schlagen. Und dafür bietet die Ukraine in ihrer momentan sehr schwierigen Lage zahlreiche Angriffsflächen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364